

141. Sitzung des DSTG-Bundesvorstandes

Endspurt für den 19. Steuer-Gewerkschaftstag



Weitere Themen

Generations-
wechsel
in der
DSTG Sachsen

DSTG will Energie-
preispauschale
auch für Menschen
im Ruhestand



Liebe Kollegin, lieber Kollege,

derzeit machen im politischen Raum und in den Medien drei Begriffe die Runde: Inflation, Stagflation und Wohlstandsverlust. Alle drei bedeuten nichts Gutes, sodass ich darüber sprechen möchte.

Inflation bedeutet Preissteigerung, Teuerung, Abnahme von Kaufkraft. Diese Geldentwertung wirkt wie eine zusätzliche, eine stille Steuer. Sie betrifft vor allem die kleinen und mittleren Einkommen sowie das liquide Sparvermögen dieses Personenkreises.

Die Inflationsrate liegt aktuell bei rund sieben Prozent. Der höchste Wert seit 40 Jahren. Gerechnet auf ein Jahr und ein Geldvermögen von 100.000 Euro bedeutet dies einen stillen Wertverlust von 7.000 Euro. Wahrlich eine Art kalte Vermögensteuer für kleine Leute, die sich fürs Alter und die Pflege ein Polster zurückgelegt haben. Inflation bedeutet aber auch einen täglichen Konsumverzicht. Denn für das Nettoeinkommen kann man sich weniger kaufen als noch vor einem Jahr. Hinzu kommt, dass die Inflation sich vor allem im Energiesektor (Heizung, Energie, Kraftstoffe) und bei Lebensmitteln überproportional bemerkbar macht. Verschärft wird das Ganze noch dadurch, dass die reichen Banken nicht bereit sind, auf den Negativzins zu verzichten.

Eine hohe Inflationsrate ist für Gewerkschaften und deren Mitglieder eine besonders heikle Herausforderung. Einerseits besteht ja die berechtigte Erwartung, mindestens die reale Kaufkraft zu sichern. Aktuell würde diese Absicht daher eine gewerkschaftliche Forderung von mindestens sieben Prozent Gehaltsplus rechtfertigen. Andererseits wird den Beschäftigten aber dann drohend entgegengehalten, sie setzen dadurch eine gefährliche Lohn-Preis-Spirale in Gang und verschlimmern das Problem. Daher hilft auf die Schnelle nur eines: Die Europäische Zentralbank (EZB) muss rasch ihre Politik des billigen Geldes – seit Jahren durch exorbitante Anleihekäufe – beenden und sich auf ihre ureigene gesetzliche Aufgabe beschränken: die Sicherung der Geldwertstabilität. Es ist den Gewerkschaften nicht zuzumuten, durch Nettolohnverluste eine falsche EZB-Politik zu unterstützen. Diese hohe Inflationsrate wirkt wie ein gesellschaftliches Gift!

Noch schlimmer wird es, wenn die Inflation in Gestalt der Stagflation um die Ecke kommt. Von ihr spricht man, wenn gleichzeitig das Wirtschaftswachstum in den Keller geht. Und das ist aktuell der Fall. Nach dem Corona-Schock bremsen Lieferkettenprobleme, massiv steigende Energiepreise, der Ukraine-Krieg sowie die Wirtschaftsanktionen eine wirtschaftliche Erholung. Hinzu kommen Dauerprobleme wie die Erderwärmung und die schlechte Demografie. Manch einem dämmert, dass die Abhängigkeit von Russland und China zu einem gefährlichen Bumerang werden kann. Umso wichtiger ist es, dass der öffentliche Dienst und vor allem die Finanzverwaltung in einer solchen Situation klar und deutlich ihre Unverzichtbarkeit, ihren stabilisierenden Wert und ihre verlässliche Expertise herausstellen. Zeigen wir uns selbstbewusst und erregen wir uns nicht über jede noch so merkwürdige Neiddiskussion.

Trifft uns also bald ein Wohlstandsverlust? Das kann derzeit niemand verlässlich sagen. Entscheidend wird sein, wie lange die aktuelle Krise dauert und wie es danach weitergehen wird. Vermutlich werden wir aber mit den Instrumenten der Vergangenheit die Zukunft nicht mehr meistern können. Es braucht neue gesellschaftliche, ökonomische und auch steuerliche Konzepte. Auch muss die ungleiche Vermögensverteilung angegangen werden. Die einen haben immer mehr, die anderen aber immer weniger. Diese einseitige Vermögenskonzentration birgt sozialen Sprengstoff. Eines steht jedoch für mich fest: Irgendwie läuft alles und immer auf die Finanzierbarkeit hinaus. Und dann ist die Finanzverwaltung als wichtiger und kompetenter Akteur im Spiel. Seien wir uns dieser besonderen Bedeutung, aber auch der hohen Verantwortung mit klarem Blick bewusst.

Mit herzlichen kollegialen Grüßen

Ihr

Thomas Eigenthaler, Bundesvorsitzender

> DSTG

- ▶ 141. Sitzung des DSTG-Bundesvorstandes: Endspurt vor dem 19. Steuer-Gewerkschaftstag 4
- ▶ Milliardenraub auf Kosten der Steuerzahler: ... unter den Augen des Staates 6
- ▶ Die Finanzpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen im Portrait: Jede Menge Finanzkompetenz im Bundestag 8
- ▶ Acht Vorstandsposten beim Landesgewerkschaftstag neu besetzt: Generationswechsel in der DSTG Sachsen 9
- ▶ Symposium in der „Botschaft des Westens“: DSTG: Deutsche Finanzverwaltung insgesamt Erfolgsmodell 10
- ▶ Abschiedsbesuch bei der bfg: Forderung nach Erhöhung der Wegstreckenschädigung 10
- ▶ Kurz notiert 12
- ▶ Sitzung der DSTG-Bundesfrauenvertretung erstmals hybrid: Spannende Diskussionen mit zahlreichen Gästen 13
- ▶ News für Tarifbeschäftigte 14
- ▶ Seminar Mitgliedergewinnung: Nützliches Handwerkszeug 14
- ▶ DSTG Hessen und DFSH einig: Freie Bahn für den Finanzsport 15
- ▶ Kurz notiert 15
- ▶ Kritik an Plänen der Ampel-Koalition: DSTG fordert Energiepreispauschale auch für Menschen im Ruhestand 16
- ▶ Nachgefragt bei ... Michael Volz 17
- ▶ Tauschcke 18

> dbb

- ▶ nachrichten 19
- ▶ frauen: Frauenberufe aufwerten – Anreize schaffen 22
- ▶ mitbestimmung: Betriebsverfassungsrecht: Schwarze Bretter müssen schnell digital werden 24
- ▶ mitbestimmung: Personalvertretungsrecht: Gewerkschaften brauchen digitalen Zugang zu den Amtsstuben 25
- ▶ service 27
- ▶ senioren 29
- ▶ interview: Karin Prien, Präsidentin der Kultusministerkonferenz (KMK) 30
- ▶ bildungspolitik: dbb Positionspapier fordert Konsequenzen nach zwei Pandemie Jahren 32
- ▶ meinung: Mehr Markt braucht mehr Staat 35
- ▶ jugend: Ausblick auf den Bundesjugendtag 2022 40
- ▶ frauen: IAB-Studie zu Frauen in MINT-Berufen: „Weibliche Vorbilder am Arbeitsplatz sind wichtig“ 42
- ▶ europa: Europäische Außen- und Sicherheitspolitik: Mitgliedstaaten und Institutionen der EU sollten mit einer Sprache sprechen 46